

ANGST ODER HOFFNUNG AUF DIE 'GRÜNEN' ?

Sind es die Wahlerfolge alternativer Listen in der BRD oder die heimischen Erfolge der Bürgerinitiativen in Sachen Kernkraftwerk Remerschen und "Kueb", welche die Leitartikelfolge in Luxemburgs Parteipresse auslösten? Die Übereinstimmung der - mandatierten oder nicht - Parteisprecher ist aufsehenerregend genug, der Sache auf den Grund zu gehen.

"Wohl hat der Umweltfragenkomplex einen Impakt auf eine ganze Menge von kurz- bis langfristigen nationalen Problemen (was dem Normalbürger vorerst nicht einmal über die unmittelbaren Naturschutzfragen hinaus sofort einleuchten wird), doch hat eine "grüne" Partei nun einmal einen (Farb)-stempel, der das Aufgabengebiet viel enger begrenzt als das der "allgemeinen" Parteien.

Ja, hat es nicht mitunter den Anschein, als seien die "Grünen" den ausser-ökologischen Problemen gegenüber eher verschlossen, als gebe es neben ihren Problemen keine anderen politischen Fragen, welche Bereitschaft auch immer sie an den Tag legen, sich auf eine Programmatik zu einigen, die auch alle übrigen wesentlichen Fragen der Innen- und Aussenpolitik einschliesst? "

"Weder die bestehenden Umweltorganisationen noch individuelle Streiter sind in der Lage, ein sämtliche Sparten des gesellschafts- und sozialpolitischen Lebens umfassendes Programm zu erarbeiten, geschweige denn auch nur teilweise in die Praxis umzusetzen. ... Darum ist es Pflicht der Sozialisten, die Belange der Umweltorganisationen soweit in ihr Programm zu übernehmen und auch konsequent zu verteidigen, wie sie den tatsächlichen Bedürfnissen und Erwartungen der Luxemburger Bevölkerung entsprechen. ... Und wenn sie glaubwürdig dafür eintreten, brauchen zumindest sie keine Angst vor einer grünen Partei zu haben."

Das erste Zitat stammt von lz im L.W. vom 22.8.1978, das zweite von Alvin Sold im t vom 1.9.78: Umweltschutz ist ihrer beider Meinung nach also ein isoliertes Problem, eine eigene Partei zu diesem Thema ist völlig sinnlos, (könnte sich sogar gegen die Wirksamkeit der ökologischen Bewegung richten), am besten überlässt man also den traditionellen Parteien, diesen Punkt in ihre Wahlprogramme aufzunehmen. lz geht gar soweit zu behaupten, der Erfolg der Bürgerinitiativen im Falle Remerschen sei ihr Verdienst nur indirekt, in erster Linie gebühre die Palme der Opposition gegen das KKW durch die grossen Parteien. Arroganter geht's wohl nicht. War es etwa nicht ein CSV- Bautenminister, der als erster einen Atommeiler bauen wollte? Wann schwenkte die CSV auf die Linie der Atomgegner ein? Betonte sie nicht ausdrücklich, nur gegen das Remerschen Projekt zu sein? Und die LSAP: war nicht ein eigener Parteikongress nötig, wo die Basis, z.T. längst in den Bürgerinitiativen aktiv, den Führungskräften erst mit viel Mühe das Nein abringen konnte? Und die KP, wofern man nur sowjetrussisches Brennmateriale kaufe.

Die jetzigen Beschwörungen der Parteisprecher, keine grünen Listen aufzustellen, die Beteuerungen " keine Angst vor einer grünen Partei zu haben", wirken grotesk. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Parteien mit Erschrecken feststellen mussten, dass der Bewusstseinsstand im Volk viel weiter fortgeschritten ist als sie bis vor kurzem wahrhaben wollten, und als er in ihren eigenen Linien zum Ausdruck kommt.

Grotesk ist ihre jetzige Hoffnung noch aus andern Ursachen. Waren sie nicht seit Jahrzehnten in der Regierung verantwortlich für eine Politik, die doch gerade die Umweltkatastrophe herbeiführte? Und verantwortlich sind nicht nur, wie A.Sold (t,1.9.78) behauptet, "liberale und konservative Politiker", die "den Spielraum der Industriekapitäne" nicht rechtzeitig einengten. Auch solche, die sich sozialistisch nannten, trugen Regierungsverantwortung in den letzten Jahrzehnten, und von jener "der kapitalistischen Parteien à la CSV und DP" prinzipiell verschiedenen Politik der LSAP kann ich nichts erkennen.

Das gilt nicht nur für den direkten Bereich der Naturerhaltung. Es geht nicht nur "um den direkten Umweltschutz und den Hang zur Romantik der Jugendlichen!" (lz) Acht Tage nach seinem ersten oben zitierten Leitartikel hat auch lz dies erkannt (L.W., 29.8.1978):

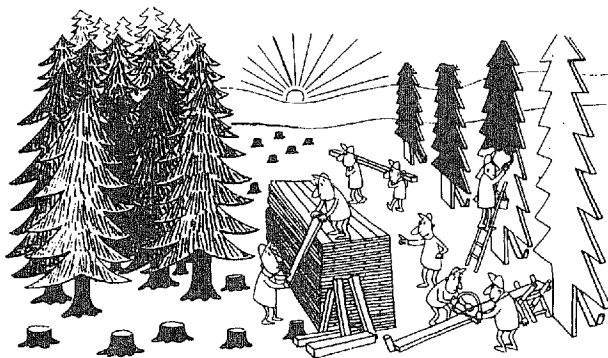
"Letzten Endes sind die Sorgen, die die ernstesten Ökologen beunruhigen, wirtschaftlicher und sozialer Natur: Wie kann sich eine Vier- bis Fünf-Milliarden-Menschheit die Erde neu untertan machen? Welche Ökonomie ist unter den neuen, quantitativen Veränderungen der Weltbevölkerung angebracht, um den optimalen (also vernünftigsten) Wohlstand für so viele Menschen wie möglich zu sichern?"

Und zwei Tage später fügt er dem zu Recht einen weiteren Problemkreis hinzu (L.W., 31.8.1978):

"Es ist kein Zweifel, dass der Ruf nach Umweltrespekt, nach Zügelung (=Disziplin) des profitorientierten Wachstums, nach Humanisierung der Gesellschaft und nach mehr Demokratie zur selben Zeit erschallt als sich Bürgerinitiativen und "grüne" Parteien konstituieren, Ombudsmänner verlangt werden und das Ansehen der Politiker und der staatlichen Institutionen an einem Tiefpunkt der Glaubwürdigkeit angelangt sind."

In der Tat ist das kein Zufall. Damit fällt aber die Argumentation in den beiden eingangs zitierten Leitartikeln von lz und Alvin Sold flach. Die Umweltproblematik ist keineswegs, wie die Vertreter der etablierten Parteien es darstellen möchten, eine isolierte Frage, die problemlos in die bestehenden Parteiprogramme integriert werden könne.

Wenn es heute ein Umweltproblem gibt, so weil diese Parteien - in Luxemburg von der DP über CSV und SdP bis zur LSAP reichend - bislang, und in verstärkter Masse seit dem Wiederaufbau nach 1945, eine Wirtschaftspolitik betrieben, die einzig und allein an der industriellen Produktionssteigerung im Interesse der Grosskonzerne orientiert war! Und an dieser - nur oberflächlich arbeiterfreundlichen - Politik hatten sich Sozial-, Energie-, Bildungs-, Verkehrs-, Aussen-, "Entwicklungs"politik usw. auszurichten. Konsequenzen zeitigte diese Politik aber nicht nur in der hemmungslosen Umweltverseuchung und in der Verschwendung lebenswichtiger oft nicht regenerierbarer Naturvorräte. Diese Wirtschaftspolitik ist letzten Endes auch Schuld an der strukturellen Arbeitslosigkeit, die - in den armen Ländern schon lange bestehend - nun auch in den Industriestaaten um sich greift, sowie an der radikalen Ausbeutung der Menschen auf der südlichen Halbkugel unserer Erde. Und auch die Aushöhlung der demokratischen Rechte des Volkes und die unaufhaltsame Verstärkung des Staatsapparates der personell schon lange und institutionell immer offener (vgl. "Tripartite"-Gesetze) mit der Grossindustrie verflochten ist, sind notwendige Folgen einer Politik, für das Wirtschaftswachstum de facto alleiniger Massstab ist. Den engen Zusammenhang zwischen diesen Fragen hat lz sehr richtig erkannt. Die Folgen ei-



nes Ausbaues der Kernenergie, wie in "forum" Nr. 25-26, S. 36f. dargestellt, stellen insofern *nur* ein Beispiel dar, bei dem die ganze Problematik in verdichteter Form zutage tritt.

Oben habe ich die KPL zwar nicht genannt, doch eine Alternative zur kapitalistischen Politik der vier anderen Parteien stellt sie in ökologischer Hinsicht nicht dar. In Sachen Wachstumsfetischismus konnte Karl Marx sich nämlich nicht von der zu seiner Zeit herrschenden Ideologie befreien, und die wirtschaftspolitische Philosophie der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten steht seit Lenin eindeutig unter dem Leitmotiv der Produktionssteigerungen um jeden Preis, mit den entsprechenden, oben dargelegten Folgen. Die riesigen Abholzungs- und Entwässerungskampagnen in Nord-sibirien oder die Nichtexistenz einer echten sowjetrussischen Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt seien nur als Beispiele genannt. Wohl versuchten diese sog. sozialistischen Staaten das Wirtschaftswachstum stärker umzuverteilen, doch das postulierte Mehr an kollektiven Rechten kann das Minus an individuellen Rechten keinesfalls kompensieren.

Die Chancen, dass die traditionellen Parteien, wie Alvin Sold und Iz - trotz seiner Erkenntnisversprechen und verlangen, die Forderungen der "Grünen" ernstnehmen, sind also verschwindend gering. Sie müssten eigentlich sich selbst und ihre gesamte Vergangenheit verleugnen. Die "Grünen" werden also ihre eigene Alternative aufbauen müssen, die sich klar und deutlich von der "politique politicienne", die die bisherigen Parteien unter dem Diktat der Technokraten und im Dienst des Grosskapitals verfolgten, unterscheiden muss.

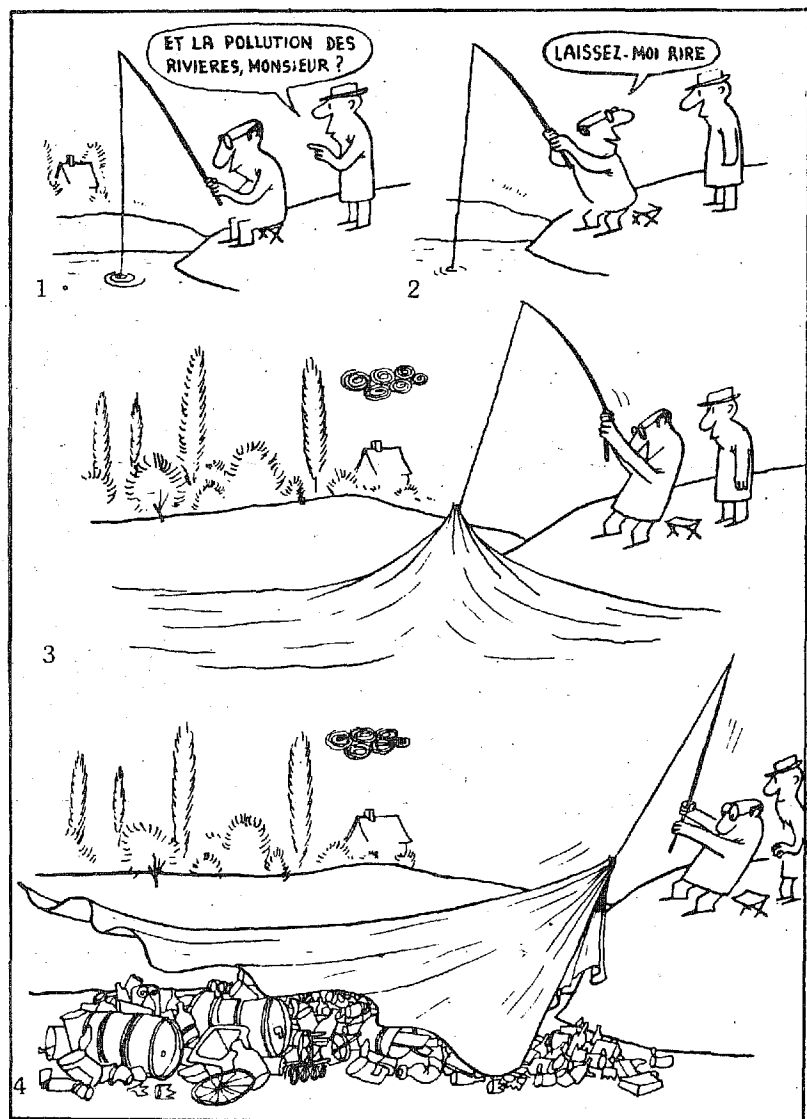
Ob die "grüne" Bewegung sich dabei als Partei konstituiert, ist an und für sich nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass sie die Mitmenschen zum Umdenken bewegt, eine tiefgehende Aufklärungs- und Bewusstseinsbildungsarbeit leistet. Eine Partei zu gründen könnte dazu eine günstige Aktionsform sein. Nicht zu verkennen ist aber andererseits die Gefahr, dass Kräfte sich in der herkömmlichen, oft wirkungslosen Partei- und Parlamentsarbeit verzetteln und festlaufen könnten und so der revolutionäre Impetus verloren geht.

"Das Thema Gesellschaftsreform ist geradezu ein Tummelplatz für Idealisten und Utopisten, welche die Lebensform für alle Rassen und Klassen entdeckt zu haben glauben.

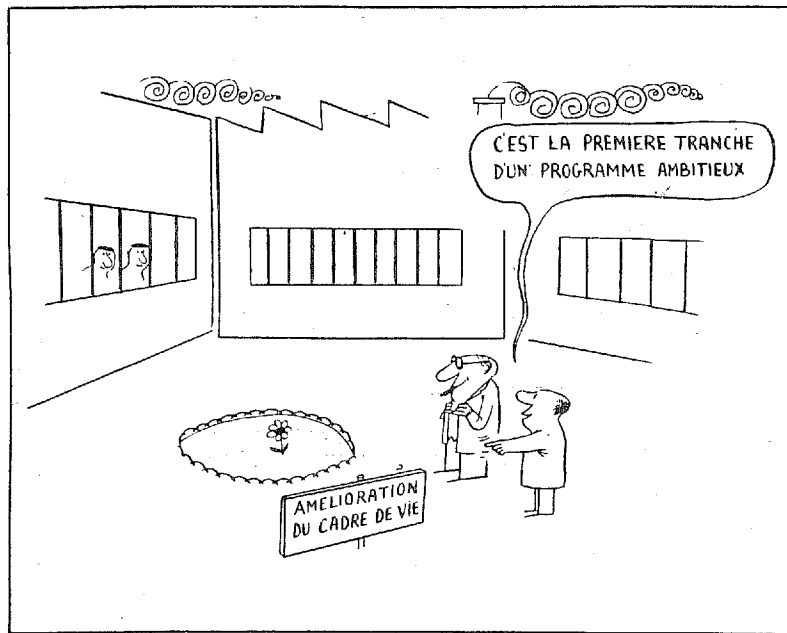
Es fehlt in der Tat nicht an Vorschlägen, was zu machen wäre, wohl aber wird noch immer nach dem Patentrezept gesucht, wie man es macht."

(Iz, in: L.W., 18.8.1978)

Die Einführung einer progressiven Energiesteuer statt der aktuellen degressiven



Steuer, der Nulltarif bei den öffentlichen Transportmitteln und der Baustop für Autobahnen, der Aufbau einer Recycling-Industrie statt der undifferenzierten Müllabfuhr, die Einstellung von mehr Sozialarbeitern, die Verallgemeinerung der gleitenden Arbeitszeit, die häufigere Durchführung von Referenden auf lokaler und nationaler Ebene, die Abschaffung des Spitzeldienstes, die Schaffung eines Statuts für Entwicklungshelfer, solche und ähnliche Forderungen scheinen mir keineswegs abstrakt und utopisch, und nur zum Teil, auf den ersten Blick, unpopulär. Ich könnte mir sie sehr gut in einem "grünen" Programm vorstellen. Konkret sind m.E. durchaus auch die



Initiativen, die "forum" seit einigen Monaten in dieser Hinsicht im Ausland besucht und hier vorgestellt hat. Nicht unwichtig scheint mir nichtsdestoweniger, dass sofort Menschen versuchen, diese oder ähnliche Wege eines alternativen Lebensstils zu beschreiten, den andern vorzuleben. Utopisten sind in meinen Augen eher jene, die bei der Meinung verharren, am bestehenden Weltwirtschaftssystem festhalten und die bisherige Politik (sei es in schwarzer, rosaroter, orangefarbener, blauer oder tiefroter Tönung) fortsetzen zu können.

Dass wir den Gürtel enger schnallen müssen, wenn die Menschen in Bangla-Desh oder im

Tschad dieselben Anteile am Weltnaturreichtum haben sollen, ist möglich, unter Fachleuten aber noch nicht ausdiskutiert. Beispielsweise wiesen jüngst zwei Wissenschaftler nach, dass es durchaus genügend Nahrungsmittel auf der Welt gebe, doch dass es am politischen Willen fehle, sie gerecht an alle, auch die hungernden Völker zu verteilen. Wie dem auch sei, sogar wenn unser Wohlstand etwas sinken sollte, unser Wohlsein wird zweifelsohne steigen. Und damit entsprechen die "grünen" Forderungen mehr als jene jeder bisherigen Partei den Forderungen des Evangeliums und der Kirche (vgl. Ansprache Pauls VI vor der ILO, § 21, u.a.):

Die Menschheit muss vom Mehr-Haben zum Mehr-Sein umdenken.

michel pauly (12.9.78)